
Diskussion

zu dem Referat von Barbara Riedmüller
„Sozialer Wandel und Sozialstaat“*

Dieter Schewe (Gesellschaft für Sozialen Fortschritt): Es hat noch nie so viele Arbeitnehmer mit Normalarbeitsverhältnissen gegeben wie in der Gegenwart, noch niemals gab es, trotz sinkender Arbeitszeit pro Person, eine so große Arbeitsmenge im Normalarbeitsverhältnis wie heute. Deshalb trifft es nicht zu, daß der Trend zur Arbeitsgesellschaft ins Stocken geraten sei. Wir haben nicht die Gesellschaft, die uns im Referat vorgestellt worden ist. Der Kernbereich mit Normalarbeitsverhältnissen wächst ständig und darum sollte man auch nicht den Eindruck erwecken, als sei er im Schrumpfen begriffen. Die Dynamisierung dieser Arbeitsgesellschaft ist - wie seit 150 Jahren - nach wie vor in vollem Gange. Die Sozialversicherung ist sozusagen als Anhängsel dieser Arbeitsgesellschaft etwas ganz Normales und Selbstverständliches, die für die Masse der Bevölkerung ohne Zweifel entscheidend wichtig ist. Die Akzeptanz der Sozialversicherung ist bei der Bevölkerung seit vierzig Jahren, seit es Meinungsbefragungen gibt, sehr viel höher als für andere staatliche Einrichtungen.

Auch die Situation in Ostdeutschland sehe ich ganz anders. Dort hatten alle, Männer und Frauen, ein vollständiges Arbeitsverhältnis. Die Frauen hatten eine durchschnittliche Lebensarbeitszeit von 38 Jahren, bei uns sind es 21 Jahre. Soll diesen Frauen, die ein so langes Arbeitsleben mit Sozialversicherungsbeiträgen hinter sich haben, nun eine Grundsicherung gegeben werden? Ihre Renten werden heute nach dem Maßstab des Arbeitseinkommens und der Arbeitszeit ausbezahlt, was die Frauen in Ostdeutschland lebhaft bejahen. Die Menschen in Ostdeutschland möchten geregelte Arbeitsverhältnisse haben und nicht auf Teilzeitarbeit, auf nicht Versicherungspflichtige Arbeit abgeschoben werden. Die Einigung kann nur wirklich gelingen, wenn die Zahl der Normalarbeitsverhältnisse im Osten zunimmt.

* Zusammenfassung der Diskussionsbeiträge nach einem Bandmitschnitt des Werkstattgespräches „Sozialer Wandel und Sozialstaat“ am 3. Juni 1993 in Düsseldorf.

Ulrich Mückenberger (Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg): Der Arbeitsbegriff bedarf dringend einer genaueren Diskussion im gewerkschaftlichen Bereich. Arbeit wird dort nämlich noch weithin mit Erwerbsarbeit gleichgesetzt, das heißt, es wird ein Arbeitsbegriff unterstellt, den man auf historische Wurzeln zurückführen kann, der aber systematisch Bereiche von gesellschaftlich notwendiger und sinnvoller Tätigkeit ausgrenzt, die nicht als Arbeit definiert werden.

Am deutlichsten vergegenständlicht sich das in der Sozialversicherung in Gestalt etwa von Versicherungsjahren, die sich - sofern nicht Ersatzzeiten oder ähnliches anerkannt werden - allein auf Erwerbstätigkeit beziehen. Dieser Arbeitsbegriff muß - auch im Zusammenhang mit der Diskussion um Grundsicherung - im Hinblick auf gesellschaftlich nützliche Tätigkeiten, zum Beispiel Erziehung, infrastrukturelle Arbeiten, die heute vielfach Frauen zufallen, relativiert werden. Das reimt sich aber mit dem Leistungsdenken, das man gerade im gewerkschaftlichen Bereich noch ganz stark vorfindet, nicht zusammen. Hier hegt erheblicher Diskussionsbedarf.

Ein zweiter Punkt ist die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Die Politik von Antidiskriminierung ist hier bisher nicht explizit angesprochen worden. Tut man das, gerät man mit bestimmten Ausprägungen des Arbeits- und Sozialrechts in Konflikt. So ist beispielsweise sowohl im Arbeitsrecht wie in der Sozialversicherung die Seniorität, also die Dauer der bezahlten Beschäftigung, eine wesentliche Leitgröße für den sozialen Schutz. Diese Senioritätsorientierung ist aber in sich eine strukturelle Diskriminierung derer, die zum Beispiel nicht über kontinuierliche Arbeitsbiographien verfügen. Hier hätte ein Antidiskriminierungsprogramm anzusetzen.

Ein dritter Aspekt, über den ein Diskurs notwendig ist, ist das Moment der Freiheits- und Partizipationssicherung der Menschen beim Umbau des Sozialstaats. Üblich ist ja immer noch eine Art von paternalistischem Staatsverständnis einerseits und einem Klientenverhältnis bei den Bürgern andererseits, das auf Teilhabe an der Gestaltung der Sozialpolitik kaum Wert legt. Das müßte eine neue Sozialpolitik ändern und Sicherung mit Selbstgestaltung und Partizipation verbinden.

Konrad Gilges (Mitglied des Bundestages, SPD): Sozialpolitik wird mehr und mehr zur Theorie, wird fern von der Praxis entwickelt und bewegt sich damit weg von den Menschen, auch von solchen, die gewerkschaftlich organisiert sind. Die Frage ist, wie man die Sozialpolitik den Menschen wieder nahebringen kann, die davon betroffen sind. Es ist viel vom Verlust an Solidarität die Rede. Solidarität ist normalerweise ein natürlich gewachsener Zustand. Die Solidarität beispielsweise, die uns mit den Menschen in den neuen Bundesländern abverlangt wird, ist hingegen eine verordnete, keine gewachsene. Die Menschen in Köln etwa, mit denen ich spreche, sind inzwischen sehr distanziert, und je länger der Zeitpunkt der Vereinigung zurückliegt, desto größer wird die Distanz. Hier zu vermitteln ist außerordentlich schwierig und

konfliktreich. Aber wir als Politiker, auch als sozialdemokratische Politiker, verordnen diese Solidarität, indem wir Gesetze beschließen, Deklarationen fassen usw. Die Gewerkschaften machen es ähnlich. Von gewachsener Solidarität kann keine Rede sein. Sie geht weder durch den Kopf noch durch die Seele noch durch den Magen, sondern ist schwer vermittelbar geworden. Nehmen wir das Thema Armut: Es wird nicht mehr nur von CDU/CSU und FDP, sondern ebenso in Kreisen der Sozialdemokratischen Partei oder der Gewerkschaften einfach ausgeblendet.

Barbara Riedmüller: Ich habe nicht davon gesprochen, daß der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht, aber in den letzten Jahrzehnten hat sich das Gewicht der Sektoren verschoben; die Industriearbeit ist zugunsten des Dienstleistungssektors und des öffentlichen Sektors geschrumpft. Und wir wissen, daß inzwischen auch der öffentliche Sektor schrumpft, so daß er die Auffangposition, die er historisch hatte, verliert. Es gibt zudem das Phänomen, daß sich in wachsendem Maße Menschen freiwillig aus der Normalarbeit, das heißt einer lebenslangen Erwerbsbiographie mit der entsprechenden Versicherungskarriere, ausklinken. Und es gibt zunehmend solche, die herausgedrängt werden. Um einen Kern von bezahlter, sicherer Erwerbsarbeit bilden sich ganze Sektoren mit ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen heraus oder mit freiberuflicher Arbeit, die nichts mehr mit dem klassischen Freiberufler zu tun hat. Das bedeutet auch, daß wir uns fragen müssen, ob ein Modell, das sozusagen für den Kernbereich des Normalarbeitsverhältnisses gedacht war, unter diesen Bedingungen noch greift. Ich halte es für pohtisch falsch, die Debatte über die soziale Sicherheit zu führen. Wenn wir mehr Solidarität fordern, müssen wir uns darüber im klaren sein, daß es unterschiedliche Motive des Teilens gibt. Eines davon betrifft diejenigen, die sozusagen unmittelbar vom sozialen Sektor profitieren, weil sie in diesem Sektor beschäftigt sind, auf die setze ich ohnehin. Ich setze aber auch auf die Gruppe, die ein gesichertes Einkommen hat und eigentlich auf den Sozialstaat verzichten könnte, die Mittelschicht. Dahrendorf hat ja sehr plausibel dargelegt, daß es in unserer Gesellschaft zunehmend Menschen gibt, die den Staat nicht nötig haben. Sie ärgern sich bestenfalls über ihn, wenn sie einen Strafzettel am Auto finden, erleben den Staat nur in solchen Funktionen, weil sie ihn nicht zur Daseinsvorsorge brauchen. Wir müssen diese auch im europäischen Vergleich wachsende Gruppe dazu gewinnen, solidarisch zu sein, und zwar nicht erst dann, wenn sie selbst die Modernisierungsrisiken spürt. Wir müssen uns aber auch mit jener Gruppe auseinandersetzen, zu der wir den Kontakt verloren haben, die sich beim Thema „soziale Gerechtigkeit“ sozusagen betrogen fühlt: „Wir kommen doch gar nicht mehr vor.“ Ich meine damit nicht diejenigen, die ihre sozialen Rechte nicht in Anspruch nehmen, ihr Recht auf Sozialhilfe, auf Wohnraum zum Beispiel, sondern diejenigen, die sagen: „Ihr gebt es den Asylbewerbern, ihr gebt es den Ausländern, ihr gebt es denen und denen, aber uns nicht.“ Wir müssen mit dieser ausgegrenzten Gruppe wieder ins Gespräch kommen und versuchen, ihr Argumentationsmodell zu verstehen. Das heißt, daß es innerhalb dieser Gruppe nicht darum geht, daß ihre Mitglieder in einem Asylbewerber

sozusagen denjenigen sehen, der ihnen die Butter vom Brot ißt, sondern daß das Modell „Soziale Gerechtigkeit“ für sie nicht gilt. Dies bedeutet zugleich, daß der Glaube an die soziale Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft einen sehr hohen Stellenwert hat, daß aber die Enttäuschung um so größer ist, wenn der einzelne feststellt, daß er im politischen Diskurs über soziale Gerechtigkeit nicht vorkommt, sondern vorrangig diejenigen, die ohnehin Erwerbsarbeit haben.

Burchard Bösche (Gewerkschaft NGG): Ich bin etwas irritiert über die genannten Subjekte: Wir reden von Normalbeschäftigten, von Anbietern, von Marginalisierten, während die Arbeitgeber in diesem Geschäft anscheinend nicht vorkommen. Ich möchte dagegen die These setzen: Es gibt bei allen großen Unternehmen eine Politik der systematischen Verringerung des Anteils solcher Beschäftigten, die in die sozialen Sicherungssysteme eingebunden sind. Das ist ganz einfach zu erklären: Je mehr die Beitragsanteile steigen, um so mehr kostet es. An dieser Stelle haben wir als Gewerkschaften sehr intensiv zu diskutieren. Wir beobachten, daß immer mehr Menschen in Scheinselbstständigkeitspositionen abgedrängt werden, daß mit Subunternehmern, mit Kleinunternehmern die Möglichkeit geschaffen wird, diesen grauen Arbeitsmarkt zu bedienen, und daß bei denjenigen, die in sogenannten Normalarbeitsverhältnissen sind, keineswegs gewährleistet ist, daß ihre Einkünfte normal über die Sozialversicherung laufen. Im Gastgewerbe zum Beispiel werden in manchen Bereichen 30 Prozent und mehr des gezahlten Nettoentgelts an der Sozialversicherung vorbeigeschleust, stehen also später für Rentenberechnung und ähnliches nicht zur Verfügung. Wie können wir dieser Entwicklung entgegentreten, wie können wir das eigentliche Normalarbeitsverhältnis sichern? Dazu müßten in erster Linie Mittel geschaffen werden, mit denen die Umgehung des Arbeitsverhältnisses verhindert werden kann. Außerdem müßten die zumindest theoretisch ja vorhandenen Kontrollmechanismen wirksamer eingesetzt werden. Es gibt die Steuerfahndung, die Betriebsdienste der AOK und andere Instanzen, aber es funktioniert nicht. Man hat den Eindruck, daß dieses Nichtfunktionieren ein Instrument der Wirtschaftsförderung ist.

Ursula Engelen-Kefer (Stellvertretende Vorsitzende des DGB): Eins der grundlegenden Motive bei der Formulierung der Leitfragen für die Programmdiskussion war die Erfahrung, daß wir mit dem bisherigen Schwarz-Weiß-Denken nicht mehr weiterkommen, gleichgültig, ob es um die Ausstattung der Arbeitsverhältnisse geht, um Arbeitslosigkeit oder Frauenarbeit. Ich will das am Thema Arbeitslosigkeit verdeutlichen: Natürlich kann man sagen, daß wir eine Wirtschaftspolitik brauchen, die die Arbeitslosigkeit beseitigt. Aber wenn man sich die Realitäten ansieht, muß man eingestehen, daß es eine solche Politik nicht geben kann. Wir werden also auf einem Sockel von Arbeitslosigkeit sitzen bleiben, bei zunehmender Langzeitarbeitslosigkeit. Es muß überlegt werden, wie denjenigen, die vom sogenannten ersten Arbeitsmarkt ausgeschlossen bleiben, geholfen werden kann. Das heißt: Wir müssen

uns als Gewerkschaften stärker mit den Möglichkeiten des sogenannten zweiten Arbeitsmarktes befassen, und zwar nicht nur in der Form von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Ich möchte noch eine zweite Schlußfolgerung ziehen, die sich auch aus den Forderungen der Menschen aus den neuen Bundesländern an uns ergibt: Wir sollten dem Gedanken der Mindestsicherung näher treten. Diese Forderung bezieht sich weniger auf die Rentenversicherung als auf die soziale Absicherung bei Arbeitslosigkeit, vor allem von alleinerziehenden Frauen, die derzeit sehr schnell unter die Armutsgrenze sinken. Die beitragsfinanzierten Systeme, wie wir sie bisher in Abhängigkeit von der Dauer der Erwerbstätigkeit entwickelt haben, reichen insofern als Schutz nicht mehr aus.

In der Diskussion ist bereits eine weitere Frage angesprochen worden: die Frauenpolitik. Auch hier verhalten wir uns widersprüchlich. Selbst wenn wir die Arbeitslosigkeit noch in den Griff bekämen, bliebe ein großer Problembereich, der auch von den Gewerkschaften bislang nicht ausreichend beantwortet ist: Wie halten wir es mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf? Das alte Bild der Normalfamilie, in der der Mann der Ernährer der Familie ist und die Frau die Familienarbeit macht und darüber im Alter gesichert ist, stimmt immer weniger. Wir brauchen eine vernünftige Kombination von sozialen Sicherungssystemen auf der Grundlage des Normalarbeitsverhältnisses, der Beschäftigung, der Beitragszahlung mit einem System von Grundsicherung. Über solche Alternativen müssen wir als Gewerkschaften nachdenken, ohne den Grundsatz aufzugeben, so viel wie möglich Normalarbeitsverhältnisse zu halten und zu schaffen, die arbeits- und sozialrechtlich abgesichert sind, denn auch in Zukunft werden wir eine Erwerbsgesellschaft haben, die nicht nur aus teilzeitarbeitenden Leiharbeitnehmern bestehen wird.

Otto E. Kempen (Akademie der Arbeit, Frankfurt/M.): Marktwirtschaft verlangt den Menschen erhebliche psychische Leistungen ab, so zum Beispiel eine permanente Unterdrückung von Neid und eine enorme Geduld, denn man bekommt ja nicht alles, was man haben will, sofort, manchmal überhaupt nicht. Damit verbunden ist die dritte psychische Leistung, die Verarbeitung von Enttäuschung. Tarif- und Sozialpolitik institutionalisieren diese Leistungen sozusagen, Sozialstaatlichkeit hat insofern eine erheblich marktsichernde Funktion.

Je homogener, wirtschaftlich homogener eine Gesellschaft ist, desto weniger stark brauchen staatliche Sozialpolitik und Tarifpolitik ausgeprägt zu sein. Auf eine solche Situation sind wir in gewisser Weise bis 1989, bis zum Zusammenbruch des Sozialismus, zugeschritten. Wachsende Homogenisierung und relativer Wohlstand erlauben Individualisierung und Deregulierung auf der anderen Seite. Die Daten, die zu Individualisierung und Deregulierung vorliegen, stammen aus einer Zeit, die es seit 1989 nicht mehr gibt. Die Öffnung der Grenzen nach Osteuropa hin bringt völlig andere Kriterien ins Spiel. Ich halte es für gefährlich, mit Daten, Theorien, Erkenntnissen, Empfindungen und Gefühlen zu arbeiten, die aus einer Zeit stammen, die, glücklicher- oder

unglücklicherweise, nicht mehr die unsere ist. Mit anderen Worten: Die Gesellschaft wird wieder viel inhomogener. Es wird also schwerer, die Enttäuschungen zu verarbeiten, Geduld herzustellen, Neid zu überwinden. Die Schwierigkeiten zwischen Ost- und Westdeutschen belegen das. Der Sozialstaat wird infolgedessen wieder in zunehmendem Maße regulieren müssen. Und die Gewerkschaften werden ihr klassisches Regulierungsinstrument, den kartellsichernden Tarifvertrag wieder mehr einsetzen müssen. Allerdings wird sich das Instrument der Tarifpolitik verändern müssen: Zwar bedarf es nach wie vor der rechtlichen Sicherung von Normen, die nicht unterschritten werden dürfen, aber man wird sich der Tatsache eines zweiten und dritten Arbeitsmarktes möglicherweise nicht verschließen können. Es muß tarifpolitisch stärker in die Leiharbeit, in den Bereich der Werkunternehmer, der sogenannten Selbständigen hineingewirkt werden.

Birgit Cramon-Dalber (Mitglied des Europaparlaments/Die Grünen): In der Sozialpolitik versuchen zur Zeit diejenigen, die einen Besitzstand zu verteidigen haben, diesen halbwegs zu sichern, während die Einschnitte bei denen vorgenommen werden, die sich nicht wehren können. Es ist unerträglich, daß Sozialhilfeempfänger sozusagen unter den pauschalen Verdacht des sozialen Mißbrauchs gestellt werden. Ein Grundsicherungsmodell könnte womöglich den sozialen Ausschluß und eine persönliche Diskriminierung von Menschen verhindern. Im Zuge der Währungsunion wird ein massiver Deregulierungsdruck im sozialpolitischen Bereich entstehen, was bestimmte Tendenzen in Deutschland verstärken wird.

Noch etwas zum Thema zweiter Arbeitsmarkt: Alle Gewerkschaften müßten sich dringend um die ungeschützten Arbeitsverhältnisse kümmern. Es gab auf der europäischen Ebene den Versuch, ungeschützte Arbeitsverhältnisse über eine Richtlinie zu sichern. Da es in den nächsten zehn Jahren nicht möglich sein wird, auf dem Weg der generellen Arbeitszeitverkürzung vorwärts zu kommen, wäre das eine pragmatische und wichtige Aufgabe.

Peter Rosenberg (Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung): An den Ausführungen von Frau Riedmüller hat mich ein bißchen gestört, daß sie sozusagen einen Trend zur Erosion der Kernarbeit feststellt und daraus dann Schlußfolgerungen für ihr Modell zieht. Das Modell baut aber weiterhin auf der Sozialversicherung im klassischen Sinne auf, was mit Sicherheit nicht funktionieren würde: Wenn das Normalarbeitsverhältnis erodiert, dann verkümmern auch die Sozialversicherungsträger. Deshalb müssen wir uns sehr viel mehr als bisher den Fragen des zweiten und dritten Arbeitsmarkts widmen. Wenn man so will, haben wir einen riesigen zweiten Arbeitsmarkt in den neuen Ländern aufgebaut, der, obwohl keineswegs als Dauereinrichtung gedacht, sich in vielen Teilen verfestigen könnte.

Die Frage, die sich dem Gesetzgeber und den Gewerkschaften zunehmend stellt, ist, wie dem Ausfransen von Normalarbeitsverhältnissen zu begegnen ist. Richtig ist, daß wir auf einem relativ hohen Sockel von Arbeitslosigkeit

bleiben werden, wenn wir allein auf Marktkräfte vertrauen. Es muß überlegt werden, wie das, was über den Kernbereich hinausgeht, auf- und eingefangen werden kann.

Dann habe ich einige Fragen zur bedarfsorientierten Mindestsicherung. Widersprüchlich ist für mich zunächst, wenn sie unmittelbar mit der Sozialversicherung zusammengebracht wird, obwohl es ja möglicherweise unterschiedliche Personengruppen sind. Das heißt, man müßte den Personenkreis für die Sozialversicherung entweder vom Grundsatz her öffnen oder ein separates System für die Gruppen schaffen, die in dieses normale soziale Sicherungssystem nicht hinein- oder irgendwann wieder herausgeraten sind. Es ist mir auch nicht ganz klar, für welche sozialen Tatbestände, für welche Situationen man diese bedarfsorientierte Mindestsicherung feststellen will. Soll sich diese Mindestsicherung über Kranken-, Renten-, Arbeitslosenversicherung gleichermaßen erstrecken? Soll sie jeweils bedarfsgebunden sein oder an die einzelnen sozialen Versicherungssysteme anknüpfen? Ein Problem sehe ich auch bei dem Vorschlag der Mischfinanzierung. Ich weiß nicht, ob man bei solchen Systemen eine funktionale Grenze zwischen Beitrags- und Steuerfinanzierung herstellen kann, ohne daß daraus Akzeptanzprobleme entstehen. Wenn es einen großen Teil von Beitragszahlern gibt, die ihre Leistungen selbst finanzieren und daneben Leistungsempfänger, die vorwiegend aus Steuermitteln finanziert werden, dann wachsen die Neiderscheinungen und die Akzeptanz wird gemindert.

Barbara Riedmüller: Wir haben in unserer Gesellschaft eine Arbeitskultur entwickelt, die man nicht von heute auf morgen über Bord werfen kann. Diese Arbeitsethik findet sich übrigens nicht nur im Westen, sondern besonders auch im Osten Deutschlands. Auf der anderen Seite können wir vor allem im Westen eine langsame Zurückdrängung der alten Normalarbeitsverhältnisse beobachten, nicht als dessen vollständige Verdrängung, sondern als dessen Ergänzung durch andere Arbeitsformen, insbesondere in den Dienstleistungsberufen. Deswegen mein Plädoyer für die Verknüpfung verschiedener Systeme zur sozialen Sicherheit. Wir müssen lernen, mit unterschiedlichen Arbeitskulturen und Sicherheitsbedürfnissen in dieser Gesellschaft umzugehen. Wir müssen es tun, weil es einen objektiven Bedeutungsverlust des Normalarbeitsverhältnisses gibt, auch im Produktionssektor. Die Gewerkschaften können diese Entwicklung natürlich negieren, sie können versuchen, das bestehende Sicherungsniveau zu erhalten, Angriffe auf die Tarifautonomie sowie Deregulierung der Sicherungssysteme abzuwehren — aber das wäre nur defensiv.

Wir brauchen aber offensive Konzepte, wir brauchen eine Umstrukturierung der Sicherungssysteme und unseres politischen Denkens. Was heißt das organisationspolitisch für die Gewerkschaften? In der Sozialpolitik hat in den letzten Jahren jede Gruppe für ihr Segment des Arbeitsmarktes Politik gemacht. Wir wissen zum anderen, daß es auf dem Arbeitsmarkt Gewinner und Verlierer gibt. Die CDU hat in dieser Situation die Mißbrauchsdebatte

erfolgreich wieder ins Spiel bringen können. Dies ist mögch gewesen, weil es eine große Gruppe gibt, für die der Erhalt des Status quo auf Kosten anderer möglich war. Für die Gewerkschaften würde eine solche Position in eine Sackgasse führen. Sie müssen statt dessen eine Mehrfachstrategie entwickeln: Sie müssen Bestandsinteresse, Partizipationsinteresse und Sicherheitsbedürfnis miteinander verbinden. Das heißt aber, daß sie eine andere Form von Interessenpolitik betreiben, die nicht einfach aus dem Normalarbeitsverhältnis und der entsprechenden sozialen Sicherung aussteigt, die aber einen erweiterten Arbeitsbegriff zuläßt und die unterschiedlichen Systeme sozialer Sicherheit für die jeweiligen Arbeitsmarktsegmente miteinander verbindet.

Gibt es Alternativen zu dem von mir vorgeschlagenen Grundsicherungsmodell? Ich glaube, daß die unterschiedlichen Interessen, die entstanden sind und weiter entstehen werden, auch unterschiedliche Antworten erfordern. Antworten, die nicht die Segmente zementieren, sondern sie öffnen. Ich muß fragen, welche objektiven Problemlagen in den einzelnen Arbeitssegmenten vorliegen, welche Interessenlagen vorliegen und welche Brücken ich bauen kann. Dabei stoße ich dann auf die Forderung nach einem Grundsicherungs-system. Das kann keine generelle Alternative zur Sozialversicherung sein, das würde ich auch niemandem empfehlen, weil dies nur der ohnehin stattfindenden Deregulierung Vorschub leisten würde, aber es wäre eine notwendige Ergänzung.

Ingrid Kurz-Scherf (Wissenschaftlerin, Berlin): Mir ist die Diskussion zu partikularistisch und zu defensiv. Aus beidem müssen wir raus, und zwar nach dem Titel eines Buches, das ich kürzlich gelesen habe: „Die Krise als Chance nutzen“. Eine Voraussetzung dafür ist, daß wir aus den alten Pfaden ausbrechen, in denen wir denken und in denen Interessenvertretung organisiert ist. Man muß eine Vorstellung von einer dynamischeren, pluralisierten Gesellschaft entwickeln, in der es diese festgefügten Segmente und die eng gegeneinander abgeschotteten Instrumente nicht mehr gibt oder in der zumindest eine programmatische Strategie entwickelt wird, die aufeinander bezogen ist. Ich habe den Eindruck, daß es heute noch so ist, daß für die Sicherung des Normalarbeitsverhältnisses die Gewerkschaften zuständig sein sollen, während der Staat für die Grundsicherung zuständig sein soll. Dazu kommt dann noch ein zweiter Arbeitsmarkt, für den die Bundesanstalt für Arbeit zuständig ist. So funktioniert Politik im Moment. Jeder denkt im Rahmen seiner historisch gewachsenen Handlungsmöglichkeiten und ist damit im Grunde genommen jeweils zum Scheitern verurteilt. Eine Strategie der Sicherung des Normalarbeitsverhältnisses ist meines Erachtens entweder aussichtslos oder sie führt die Gewerkschaften zwangsläufig in die Position einer Standesorganisation.

Das Normalarbeitsverhältnis ist inzwischen längst nicht mehr die Normalität. Wenn ich es einseitig sichere, trage ich bewußt oder unbewußt dazu bei, daß es nicht nur gegen die Zumutung der Arbeitgeber geschützt wird, sondern auch gegen diejenigen, die draußen sind. Eine solche Politik kann für Gewerkschaften nicht sinnvoll sein. Es geht also meines Erachtens nicht in erster Linie

um die Verteidigung des Normalarbeitsverhältnisses, sondern darum, die Arbeit so zu organisieren, daß sie gewisse Ansprüche an Selbstverwirklichung, aber insbesondere an Kontinuität der Existenzsicherheit erfüllt. Dabei kann man eben nicht das Normalarbeitsverhältnis sichern und sich nicht fragen, was denen passiert, die ihm nicht unterliegen.

Das wichtigste Mittel, um zu einer anderen Verteilung von Arbeit zu kommen, bleibt die Arbeitszeitverkürzung. Über dieses Thema ist also zu reden, allerdings anders, als es in den achtziger Jahren geschehen ist. Ein zweites Thema ist die Flexibilisierung. Die Möglichkeiten zur freiwilligen Unterbrechung von Erwerbstätigkeit müssen ausgeweitet werden.

Ich glaube überdies, daß man ohne die staatliche Gewährleistung eines Mindestexistenzminimums nicht auskommt. Schließlich müssen mittels sozialer Phantasie jenseits der marktgesteuerten Arbeitsorganisation andere Organisationsformen von Arbeit entwickelt werden, die dem Bedarf an diesen Arbeitsleistungen entsprechen und denjenigen, die sie erbringen, annehmbare Bedingungen gewährleisten.

Günther Heyenn (Mitglied des Bundestages, SPD): Sozialpolitik muß gerade in Zeiten des gesellschaftlichen Wandels handelnde Politik sein und darf sich auf keinen Fall darauf beschränken, die Verarbeitung von Enttäuschungen zu ermöglichen. Ich beginne mit dem Arbeitsmarkt. Wir reden vom zweiten Arbeitsmarkt, realisieren aber in der Sozialpolitik in keiner Weise die Tatsache, daß Arbeit nicht teurer ist als Arbeitslosigkeit. Allein aus dieser Erkenntnis heraus könnte eine agierende Sozialpolitik Gestaltungsmöglichkeiten beziehen, die fehlen, wenn man sich nur um die soziale Sicherheit von Arbeitslosen kümmert. Wenn die Sozialpolitik nicht eine derartige Funktion bekommt, wird sich nach meiner Voraussage der soziale Frieden auflösen. In Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern beispielsweise gibt es Gemeinden mit einer effektiven Arbeitslosigkeit von über achtzig Prozent. Dort gibt es kaum Integrationsmöglichkeiten in den Arbeitsmarkt, so daß Perspektivlosigkeit um sich greift.

Eine soziale Grundsicherung halte ich - trotz gegenwärtiger Finanzierungsschwierigkeiten - für unausweichlich. Sie sollte aus Beiträgen finanziert werden. Insgesamt sollten die sozialen Sicherungssysteme so umgebaut und ergänzt werden, daß alle versicherungspflichtig sind, also auch die Selbständigen, die geringfügig Beschäftigten, die Beamten.

Der Deregulierung müssen wir entgegenwirken. Ein normales Arbeitsverhältnis sollte die Regel für die große Masse aller Arbeitnehmer bleiben. Wenn diese Form des Arbeitsverhältnisses akzeptiert und ausgebaut wird, dann dürfen allerdings nicht gleichzeitig dazu die Arbeitnehmerrechte abgebaut werden, wie es zur Zeit geschieht.

Horst Schmitthenner (Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall): Es wäre müßig, die erwähnten Umbruchsprozesse in dieser Gesellschaft

leugnen zu wollen. Diskutiert werden müssen die Ausprägungen dieser Umbruchprozesse, ihre Bedeutung für Gegenwart und Zukunft, für Sozialstaat und Sozialpolitik. Nehmen wir die Individualisierung: So sehr sich die Lebensentwürfe auch differenzieren mögen, so wenig kann ich einsehen, daß aufgrund dessen das Normalarbeitsverhältnis quasi nicht mehr von Bedeutung sein soll. Diese Individualisierungstendenzen sind im vorhandenen System der Sozialversicherung regelbar. Nicht regelbar sind dagegen die Konsequenzen, die sich aus den neuen Produktionstypen ergeben. Was zum Beispiel unter dem Stichwort „schlanke Produktion“ diskutiert wird, ist nichts anderes als ein riesiges Rationalisierungskonzept, das, wenn es nicht sozial abgefedert wird, zu einer Zunahme von Arbeitslosigkeit führen wird, wie wir sie bisher noch nicht gekannt haben.

Damit hängt die Frage zusammen, ob wir eine intervenierende Sozialpolitikstrategie brauchen, die auch in das Zentrum der Entstehung sozialer Risiken eingreift. Ich will das an Beispielen deutlich machen: Armut, speziell Altersarmut, ist ein vorwiegendes Problem von Frauen. Was geschieht, wenn man es mittels einer sozialen Grundsicherung, genauer gesagt, einer bedarfsorientierten Mindestsicherung angeht? Wir lösen dann ein Problem derjenigen, deren Erwerbsbiographie für die Ansprüche an die Sozialversicherung nicht ausreicht. Nimmt man unter diesem Gesichtspunkt den Bereich der ehemaligen DDR heraus, die bekanntlich eine sehr viel höhere Frauenerwerbsquote hatte als die alte Bundesrepublik, dann schafft man mit der bedarfsorientierten Mindestsicherung einen riesig großen Topf, in den immer mehr hineinkommt. Zielte man dagegen auf Intervention, auf Eingreifen bei den Sozialrisiken, gäbe es höchstwahrscheinlich ganz andere Handlungsstrategien. Vielleicht würde man auch dann die bedarfsorientierte Mindestsicherung machen müssen, weil in einem Teil der Fälle nichts mehr zu reparieren ist. Daneben würde man aber versuchen zu verhindern, daß derart massiv abgebaut wird.

Eine bedarfsorientierte Mindestsicherung ist im Hinblick auf die Struktur der Arbeitslosigkeit nötig. Aber auch hier ist die Frage nach den Möglichkeiten von Intervention zu stellen, allein schon deshalb, weil die Anzahl der Arbeitslosen, die über eine Mindestsicherung abzusichern wäre, riesengroß werden kann. Es muß also gleichzeitig eine Strategie gefahren werden, die verhindert, daß die Arbeitslosigkeit immer weiter wächst. Mit dem Stichwort „zweiter Arbeitsmarkt“ habe ich meine Probleme. Man sollte die Unternehmer nicht von dem Druck befreien, für Beschäftigung sorgen zu müssen, Sozialpläne zu machen usw. Es darf nicht so sein, daß jede Arbeitskraft, die nicht mehr „gebraucht“ wird, über den zweiten Arbeitsmarkt oder ähnliches abgesichert wird. Wir müssen vielmehr eine stärker intervenierende Sozialpolitikstrategie entwickeln, die das Risiko da verhindert, wo es entsteht.

Regina Görner (Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes): Ich will versuchen den Begriff des Normalarbeitsverhältnisses etwas zu hinterfragen, weil ich glaube, daß wir um den heißen Brei herumreden: Das, was wir Sicherung des Normalarbeitsverhältnisses nennen, und die Form in der wir das

praktiziert haben, ist ein Grund dafür, daß das normale Arbeitsverhältnis ausgehöhlt worden ist. Die Gewerkschaften sind daran nicht völlig unschuldig. Wir haben uns häufig mit dem, was wir tarifpolitisch gemacht haben, darauf beschränkt, das Normalarbeitsverhältnis sozusagen von der Wiege bis zur Bahre, vom Beitritt in die Ausbildung bis zum Pensionsalter abzusichern, und gleichzeitig haben wir der Sozialpolitik alles das zugewiesen, was nicht auf dieser Ebene lag. Die Gewerkschaften haben dadurch mit dazu beigetragen, daß immer mehr Versuche gemacht worden sind, aus den teuren Arbeitsverhältnissen herauszugehen, und diese Versuche sind ja nicht nur von Seiten der Arbeitgeber erfolgt, sondern das ist zum Beispiel auch von Frauen in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen gefordert worden. Wenn ich mir ansehe, was in den letzten Jahren an Sozialabbau gelaufen ist, stelle ich fest, daß bei allen Entwicklungen immer noch das am besten gehalten hat, was wir tarifpolitisch gesichert haben. Aber wir werden tarifpolitische Antworten darauf finden müssen, daß immer mehr Arbeitnehmer, auch solche, die durchaus den Anspruch haben, ihr Leben über im Normalarbeitsverhältnis zu verbringen, in die Situation kommen, wenigstens einen Teil ihrer Zeit mit anderen Beschäftigungsformen vorliebnehmen zu müssen. Wenn das Normalarbeitsverhältnis nicht mehr die Normalität der Lebenserfahrung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern widerspiegelt, sondern nur noch die einer ganz bestimmten Phase ihres Lebens, gibt das den Gewerkschaften auch die Chance, anders mit dem Thema umzugehen, weil immer mehr von uns, von unseren klassischen Mitgliedern, von dem Problem betroffen sind.

Nikolaus Simon (Gewerkschaft ÖTV): Ich möchte auf die Initiative „Zukunft der öffentlichen Dienste“ hinweisen, die die Gewerkschaft ÖTV 1987 ins Leben gerufen hat, um dem Trend zur Deregulierung, der damals von liberal-konservativer Seite ausging, entgegenzuwirken. Im Verlauf der Zeit sind Aspekte wie Partizipation der Beschäftigten, aber auch von Bürgerinnen und Bürgern insgesamt, stark in den Vordergrund getreten. Die Beschäftigten in diesen Bereichen bestehen darauf, daß die finanzielle Ausstattung der öffentlichen Haushalte leistungsfähige und qualitativ hochwertige Dienste möglich macht. Die Debatte über deren Finanzierung muß auch bei den Gewerkschaften geführt werden: Wieviel an Steueraufkommen will diese Gesellschaft für solche Tätigkeiten bereitstellen? Inwieweit sollen, womöglich mittels lautloser Deregulierung und Privatisierung, Risiken und Aufgaben verlagert werden, weil jede Mark bekanntlich nur einmal ausgegeben werden kann? Auch innerhalb des DGB muß eine intensive Debatte darüber geführt werden, ob öffentliche Mittel in erster Linie für Industriepolitik und Industrieansiedlung ausgegeben werden oder ob der Sozialstaat so ernst genommen wird, daß man - auch jenseits der Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme - die öffentlichen Haushalte entsprechend finanziell ausstattet.

Barbara Riedmüller: Ich möchte an die Brückenfunktion erinnern, die der Grundsicherung zukommt. Es darf nicht passieren, daß Mindestsicherungsstandards entwickelt werden, die sozusagen wie die Sozialhilfe gestaltet sind

und in die man gerät, wenn man anderswo herausgefallen ist und es im Grunde kein Zurück mehr gibt. Die Grundsicherung muß deshalb mit den Sozialversicherungssystemen verbunden werden. Das heißt, daß einerseits das Sozialversicherungssystem stabilisiert werden muß, weil es sonst zu Deregulierungen kommt, auf der anderen Seite muß umverteilt werden. Natürlich ist es problematisch, wenn der Fiskus sich zurückzieht und die Beitragszahler auf den Lasten sitzen bleiben. Aber diesen Umverteilungseffekt muß man wollen, wenn man beabsichtigt, diejenigen, die im ersten Arbeitsmarkt sind, zur Solidarität mit den anderen zu verpflichten und eine Mischfinanzierung einzuführen. Entscheidend bleibt, daß Übergänge zwischen den Sozialversicherungssystemen geschaffen werden.